

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	11
A. Fragestellung	19
B. Pfadabhängigkeit als analytisches Konzept	22
Kapitel 2: Konzepte der Pfadabhängigkeit	30
A. Das Pfadabhängigkeitskonzept von Paul David und Brian Arthur	32
I. Steigende Erträge (<i>Increasing returns</i>)	35
B. Institutionelle Pfadabhängigkeit nach Douglass North und Paul Pierson	38
I. Douglass North	38
II. Paul Pierson	41
C. Zum Problem der Anwendbarkeit des Pfadabhängigkeitskonzepts	44
I. Die Rolle der Akteure: Machtfaktor und selbstverstärkender Prozess	45
II. Die Anwendbarkeit des Konzepts der steigenden Erträge auf politische Institutionen	49
III. Das Drei-Phasen-Modell	52
IV. Die Anwendung des Konzepts auf die Entwicklung der direktdemokratischen Instrumente	54
Kapitel 3: Historische Vorprägung der Volksgesetzgebung im Kaiserreich	57
A. Frühe Konzeptionen der Volksgesetzgebung in Deutschland	59
I. Moritz Rittinghausens Konzept: Direkte Gesetzgebung durch das Volk	59
II. Julius Fröbels Konzept: Volksgesetzgebung in Kombination mit repräsentativem System	65
B. Die Rezeption durch die Sozialisten	70
I. Überblick: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk in den sozialistischen Parteiprogrammen	71
II. Die Forderung nach der direkten Gesetzgebung und die innerparteilichen Konflikte in der SPD	76
III. Die Festlegung des Verhältnisses zwischen Parlamentarismus und Volksgesetzgebung durch Karl Kautsky	81
C. Die Liberalen im deutschen Südwesten	84

D. Die Vorwegnahme der institutionellen Eigentümlichkeiten der Volksgesetzgebung	89
I. Das Festhalten an der Volksgesetzgebung und die Entwicklung des Parteiwesens	89
II. Die prinzipielle Offenheit der plebiszitären Entscheidungsgegenstände	93
 Kapitel 4: Die Institutionalisierung direkter Demokratie und das Auftreten der steigenden Erträge in der Weimarer Republik	95
 A. Die Ausgestaltung der direktdemokratischen Elemente im internationalen Kontext: Die Weimarer Republik als historischer Ausnahmefall	100
B. Gesellschaftliche Voraussetzungen für die Einführung direkter Demokratie: Politische Partizipation und Kommunikationsgesellschaft	102
C. Direkte Demokratie als institutionelle Lösung für das Problem des Parlamentsabsolutismus	105
I. Die Gewöhnung an den Dualismus und die Sorge vor dem Parlamentsabsolutismus	110
II. Die Badener Verfassung und ihr Dominoeffekt	115
III. Die Tendenz zum Gewaltenausgleich in den übrigen Ländern und im Reich	122
D. Die direktdemokratischen Institutionen und das parlamentarische System in den Ländern: Rechtlicher Rahmen und Regeln	126
I. Die Ausgestaltung der direktdemokratischen Instrumente	131
1. Das Volksbegehren: Positive Initiative und plebiszitäre Parlamentsauflösung	131
2. Das Volksbegehren: Vetoinitiative	133
3. Das einfache Referendum	134
4. Das obligatorische Verfassungsreferendum	136
II. Die Regierungssysteme in den Ländern	138
E. Die direktdemokratischen Instrumente in der Praxis	144
I. Das Volksbegehren: Gegengewicht zur Parlaments- und Parteienherrschaft?	153
1. Die Volksgesetzgebung im Reich und in den Ländern	157
II. Das einfache Referendum: Instrument des Ausgleichs zwischen den Organen	159
III. Das Obligatorische Verfassungsreferendum: eine „unbequeme Fessel“	163
IV. Zusammenfassung: die komplementären Effekte der Institutionen	164

F. Wechselbeziehungen zwischen den Institutionen	166
I. Volksbegehren und Selbstauflösung	166
II. Volksgesetzgebung und Vetoinitiative	169
G. Lern- und Koordinationseffekte beim Volksbegehren	171
I. Der Umgang mit dem Volksbegehren und die Verminderung von Unsicherheiten	171
II. Bewertungen der direktdemokratischen Instrumente am Ende der Weimarer Republik	175
 Kapitel 5: Zur pfadabhängigen Entwicklung direkter Demokratie in der Bunderepublik	 180
A. Kontinuität nach dem Systembruch durch NS-Regime und Weltkrieg	182
B. Die Entwicklung der direktdemokratischen Institutionen als Ergebnis der Pfadeinengung in der Weimarer Phase	185
C. Die Wiederaufnahme der direktdemokratischen Elemente in die Länderverfassungen und das Gewaltenausgleichsdenken	191
D. Unterschiede im Umgang mit direkter Demokratie: Ein kontrastierender Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz	198
E. Die institutionelle Pfadabhängigkeit der Volksgesetzgebung und ihr lock-in	204
I. Der Wandel der Verhaltensmuster und Akteursstruktur	204
II. Institutionelle Pfadabhängigkeit in den Ländern und graduelles <i>lock-in</i>	208
III. Steigende Erträge: Die Wirkung auf das einfache Referendum, die Vetoinitiative und die Einführung der Volksgesetzgebung auf der Bundesebene	214
 Kapitel 6: Schlussfolgerung	 218
A. Zusammenfassung	218
B. Ausblick: Kognitive Pfadbrechung	224
 Quellenverzeichnis	 232
Literaturverzeichnis	235